

Rieser Tageblatt



Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Fersenstr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580.
Kontoführer:
Rieser Nr. 52.

Nr. 199.

Mittwoch, 27. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Das Ziel des Wahlkampfes.

Von Dr. Rudolph Schneider.

Stimmenabgabe der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Dresden-Bauhen.

Der alte Reichstag ist am 18. Juli aufgelöst worden, weil er keine Mehrheit für die notwendige Ordnung der Reichsfinanzen zustande brachte. Als alle Abstimmungen des Reichstages nur immer zur Ablehnung der verschiedenen Vorschläge führten, verließ das Kabinett Brüning und in Übereinstimmung mit ihm der Reichspräsident von Hindenburg, durch Notverordnungen die Ordnung der Finanzen herzustellen. Verfassungsmaßregeln waren diese Notverordnungen dem Reichstage unverzüglich vorzulegen und wiederum vertagte sich der Reichstag! Nur 222 Stimmen der Mittelparteien billigten die Notverordnungen des Reichspräsidenten; aber eine Mehrheit von 236 Stimmen lehnten diese Verordnungen ab. Wenn nunmehr die Regierung und der Reichspräsident es nicht verantworten wollten, die Dinge einfach gehen und den Bankrott über uns hereinbrechen zu lassen, so mußten sie den Reichstag auflösen und an das Volk die große Frage stellen, ob es für die notwendige Finanzreform der Regierung die Mehrheit zur Verfügung stellen will, welche der Reichstag verweigert hatte. Die Auflösung erfolgte; die Notverordnungen wurden nunmehr erneut erlassen; am 14. September finden die Wahlen statt; dem neuzusammentretenden Reichstag werden erneut dieselben großen Finanz- und Reformgesetze vorgelegt, welche der alte Reichstag abgelehnt hatte.

Genau darüber fällt also die Entscheidung am 14. September. Hier liegen die Ziele des Wahlkampfes. Kein anderer Weg steht uns offen, als der harten Gesetze zustimmen, die allein den Weg zur Rettung öffnen. Er ist steil und schwierig, aber er ist der einzige. Nur ein Entschluß kann gefaßt werden. Andere, bessere Vorschläge vermag auch die bisherige Reichstagsmehrheit, welche die Notverordnungen abgelehnt hat, nicht zu machen. Sie ist in sich völlig uneinig. Kommunisten und Nationalsozialisten, Hugenberg und die Sozialdemokraten, diese vier Bestandteile der Opposition sind unter sich völlig entgegengesetzter Anschauung. Sie zeigen uns keinen Weg. Sie bringen uns nicht zur Ordnung und Sicherheit, sie können höchstens uns zu inneren Unruhen, zum Bankrott und zum Bürgerkrieg führen. In der seltsamen Reichstagsmehrheit vom 18. Juli wird die größte Gruppe gebildet von der Sozialdemokratie. Diese fordert inmitten unseres finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs, daß die unerschöpflichen hohen Ausgaben trotz allen Geldmangels weiter bezahlt werden, und daß man dafür die Mittel durch immer schärferes Anziehen der Steuerfahne, durch Einkommensteuererhöhung beschaffe, trotz des bereits offenkundigen Rückgangs der Steuererträge, trotz Unterbindung aller Ersparnisse und aller Neubildung von Kapital und trotz der grauenvoll überhandnehmenden Steuerflucht. Ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist in dieser Lage für keine Partei möglich, die sich für einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft verantwortlich fühlt.

Was soll nach dem 14. September geschehen, wenn Nationalsozialisten und Kommunisten, Sozialdemokraten und die Deutschnationalen Hugenbergs so stark in den Reichstag wieder zurückkehren, daß sie wiederum eine Mehrheit gegen die Notverordnungen des Reichspräsidenten bilden? Selbst wer sich darauf verlassen wollte, daß der Reichstag dann noch einmal aufgelöst werden könnte, selbst der müßte damit rechnen, daß dann weitere Monate der gefährlichsten Unsicherheit für Deutschland bevorstehen. Daß wir ratlos vor dem Ruin der öffentlichen Finanzen stünden, daß wahrscheinlich die Massen der Arbeitslosenversicherung an vielen Stellen ihre Zahlungen einstellen müßten, daß zunehmende Unruhe allenthalben die öffentliche Ordnung aufs schwerste gefährden würde. Aber Ruhe und Ordnung des Staats sind gleichzeitig die ersten Grundlagen der Wirtschaft, die ersten und notwendigsten Voraussetzungen für alle Arbeitsbeschaffung, für allen öffentlichen und privaten Kredit. Keine Pläne für die Weiterarbeit in den Betrieben, für die Wiedereinstellung von Arbeitskräften, für die Beschaffung neuer Aufträge im Inlande oder gar im Auslande können in einem Lande zustandekommen, das vor dem Bankrott und vor dem Bürgerkrieg steht. Die radikalen Parteien mögen die furchtbare Not der drei Millionen Arbeitslosen zu einer Wahlhebe ohne Gleichen mißbrauchen. Bekommen sie dadurch im Reichstage die Mehrheit, so können die Arbeitslosen alle Hoffnungen auf einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft begraben. Neue Arbeit wird am Ende nicht dadurch beschafft, daß die Verzweifelten die Arbeitsämter stürmen und die leeren Kassen zerklüften. Neue Arbeit zu beschaffen hilft derjenige, der für einen arbeitsfähigen Reichstag sorgt. Der die härteren und harten Gesetze der Finanzreform, der Sparmaßregeln mit Durchsetzer hilft, der für Ruhe und Ordnung und für ein Weiterbestehen des Staatslebens sorgt.

Die Notverordnungen, die Finanzgesetze, die vom neuen Reichstage angenommen werden müssen, sind gewiß sehr wenig volkstümlich. Darf man es wagen, an das deutsche Volk, an die deutsche Wählerschaft in diesem Wahlkampf die Aufforderung zu richten, den Stimmzettel abzugeben für eine Politik, die nicht volkstümlich ist, für Gesetze, deren Härte jeder einzelne Wähler mitempfunden soll? Das Leben des Staats muß weitergehen auch in der schwersten Zeit der Not. Der Stimmzettel kann nicht immer einer bequemem und volkstümlichen Politik dienen. Der Stimmzettel ist nicht bloß für Wünsche und An-

Es wird doch nichts aus dem gemeinsamen Wahlauftritt.

Endgültige Abgabe der Deutschen Staatspartei an Dr. Scholz.

Dr. Berlin. Auf das Ersuchen der Deutschen Staatspartei, als Voraussetzung für ihre Mitbeteiligung an dem gemeinsamen Wahlauftritt der Deutschen und der Konservativen Volkspartei, sowie der Wirtschaftspartei den Namen des Reichspräsidenten von Hindenburg aus dem Text zu entfernen, hatte der volksparteiliche Führer Dr. Scholz zunächst für die übrigen Gruppen geantwortet, es sei ihnen nicht möglich, an dem Wortlaut des bereits veröffentlichten gemeinsamen Aufrufs Änderungen vorzunehmen.

Die Deutsche Staatspartei hat darauf an die DVP, folgendes Schreiben geschickt:

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 21. August teile ich Ihnen ergebend mit, daß die Deutsche Staatspartei von ihrem Standpunkt, daß der Reichspräsident nicht in den Wahlkampf gezogen werden darf, unter keinen Umständen abgehen kann. Bez. Arthur Mahraun.

Minister Brecht gegen die Wahlreform.

Dr. Berlin. Unter dem Vorsitz des Parteiführers Hg. Drewitz saß am Dienstag im Reichstag der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei. In einer angenommenen Resolution über die Verhandlungen mit anderen bürgerlichen Parteien sprach der Reichsausschuß seine Befriedigung darüber aus, daß die Wirtschaftspartei den Wahlkampf selbständig unter voller Aufrechterhaltung ihrer programmatischen Forderungen durchzuführen werde.

Reichsjustizminister Brecht erklärte, er habe sich im Kabinett vorbehalten, in der Öffentlichkeit zu betonen, daß er der gegenwärtigen Wahlreform seine Zustimmung nicht geben könne, weil die wichtigste Forderung der Wirtschaftspartei, die Heraushebung des Wahlalters auf 24 Jahre nicht berücksichtigt sei.

Die Reichsliste der Wirtschaftspartei.

Dr. Berlin. Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei einigte sich gestern auf die nachstehenden 10 führenden Kandidaten der Reichsliste:

1. Hermann Drewitz, Bäckermeister, 1. Parteivorstand.
2. Dr. Brecht, Reichsjustizminister.
3. Köhler, Präsident des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
4. Dr. Jörissen, Syndikus.
5. Bornmann, Generaldirektor der Oeko-Genossenschaften.
6. Molath, Fabrikant.
7. Collofer, Architekt.
8. Behold, Vertreter des deutschen Drogistengewerbes.
9. Bornmann, Generalsekretär.
10. Wallmann, Eisenwarenhändler.

Die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei in Ostschlesien.

Die vom Landesverband Ostschlesien der Deutschnationalen Volkspartei für die Reichstagswahl aufgestellte Kandidatenliste weist an ihrer Spitze folgende Namen auf:

Die Vorbereitung der Reichstagswahl.

Am 2. September Reichswahlaustritt. — Etwa 22 Parteivorläufe statt 38.

Berlin, 27. August.

Wie wir erfahren, wird der Reichswahlaustritt am 2. September zusammengetreten, um über die Wahlvorschläge der Parteien und die technischen Einzelheiten der bevorstehenden Reichstagswahl zu entscheiden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Kreis- und Reichswahlvorschläge und die Verbindungsverordnungen vorliegen.

Bisher ist beim Reichswahlleiter erst ein kleiner Teil der Reichswahlvorschläge eingegangen; die der großen Parteien stehen noch aus. An untergeordneter Stelle rechnet man mit etwa 22 Vorschlägen, so daß also gegenüber den 38 Parteien bei der Wahl vom 20. Mai 1928 eine erhebliche Verminderung eintritt. Das bedeutet erfreulicherweise, daß die Stimmen diesmal immerhin nicht in so großem Maße zerstückelt werden wie damals. Viele Stimmen, die bei den Reichswahlen verloren gingen, werden den größeren Parteien zugute kommen, und man kann also annehmen, daß der neue Reichstag mindestens so groß wird wie der alte. Seit den Wahlen zur Nationalversammlung hat sich die Zahl der

Wahlvorschläge, sondern auch für harte Notwendigkeiten da. Ein reifes Volk muß in der Lage sein, in den Zeiten der Not das allgemeine Wahlrecht auch in den Dienst einer Politik der Verantwortung zu stellen: Daß Deutschland dies vermag, daran hat einst Blücher geglaubt, als er dem deutschen Volke das allgemeine Wahlrecht gab; als er sagte: „Sehen wir Deutschland in den

Dr. Bang-Berlin, Grelmann-Trübigan, Fr. Altes-Dresden, v. Falkenhäuser-Dresden, Fromhold-Meißen, Schneider-Freiberg, Seinemann-Dresden, Amos-Löbau, Rockstroh-Kleinisdorf, Stadtrat Bang-Dresden.

Aufruf Hugenbergs an die deutsche Jugend.

Dr. Berlin. Geheimrat Hugenberg hat einen Aufruf „An die deutsche Jugend“ erlassen, in dem es u. a. heißt: „Nur mit national-revolutionärem Antriebsgeist, der sich paart mit wirtschaftlicher Vernunft und mit der Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates auf der Unantastbarkeit des sittlich erworbenen Privateigentums beruhen, können die brandenden Wogen der marxistischen Revolution bezwungen werden. Kampfeswille, Selbstachtung, Opfermut und Vaterlandsliebe sind die Tugenden, die den preußisch-deutschen Staat bereinigt begründeten und die sich im Frontsoldatengeist unserer Jugend auf neue offenbaren. Sie sollen die Grundlagen des neuen dritten Reiches sein.“

Mahraun über die Aufgabe der Staatspartei.

Dr. Berlin. Im Anschluß an Minister Schreiber ergriff auf dem Tee-Empfang der Staatspartei Arthur Mahraun das Wort, wobei er zunächst eine Äußerung darüber gab, warum er nicht in das Parlament gehen wolle. Er betonte, daß ein lebendiger staatspolitischer Organisationskörper geschaffen werden müsse, was er besonders als seine Aufgabe ansah. Es müsse eine Verbindung geschaffen werden zwischen dem, was sich im bündischen Leben als brauchbar erwiesen habe und dem, was im politischen Leben als autoritär anerkannt sei. Der lebendige Staatskörper, den er schaffen wolle, sei keine Stützorganisation für den Wahlkampf, sondern die Organisierung der Mitte, um sie dem politischen Aktivismus einzuverleiben und ihr damit das Selbstbewußtsein wieder zu verschaffen, ohne das sie nicht gegen die beiden radikalen Flügel verteidigen könnte. In dieser Hinsicht sei der Jungdeutsche Orden die grundlegende Realität für die Deutsche Staatspartei insofern, als sein Idealismus zu einer Realität im politischen Kampf geworden sei. Der Jungdeutsche Orden habe sich auf diese Weise ein unabhängiges Instrument geschaffen, auf dem sich die Staatspartei entwickeln könne. Arthur Mahraun ging dann nach auf den Aktivismus als solchen ein, den er in drei Epochen, das bolschewistische, das faschistische und das jungdeutsche System, einteile. Die bolschewistischen und faschistischen Methoden ließen sich aber niemals in Deutschland durchführen, weil dadurch eine Diktatur entstünde, die mit dem deutschen Wesen unvereinbar wäre. Dagegen wolle das jungdeutsche System die Entwicklung der deutschen Republik zum wahren Volksstaat. Ein Volk könne einen Krieg verlieren; aber es dürfe niemals eine Revolution verlieren. Und um die positiven Kräfte zusammenzufassen und zur positiven Mitarbeit heranzuziehen sei die Deutsche Staatspartei in das politische Leben eingetreten.

Parteien bei jeder Wahl vermehrt. Die jetzt einsehende rüchliche Bewegung kann darum umso mehr begrüßt und als Beweis dafür gebucht werden, daß der allgemeine Ruf nach Sammlung sich doch praktisch in einer Befundungsbewegung auswirkt.

Auch der Wahlvorgang wird durch die Verminderung der Wahlvorschläge vereinfacht. Man rechnet deshalb damit, daß der Ueberblick über die Ergebnisse etwas früher möglich sein wird als bei den letzten Wahlen. Auf der anderen Seite tritt eine gewisse Komplizierung dadurch ein, daß die Parteien, namentlich der Mitte, am 14. September in den Wahlkreisen und Wahlkreisverbänden verschiedene gemeinsame Listen aufstellen und verschiedene Listenverbindungen eingegangen sind. So hat z. B. die Deutsche Volkspartei in Baden und Württemberg ein Bündnis mit der Staatspartei geschlossen, dagegen in Ostpreußen mit der Konservativen. Praktisch werden derartige Vorschläge aber doch verhältnismäßig einfach gehandhabt. Die Parteien teilen dem Wahlleiter mit, welcher Reichsliste die Bestimmungen zufallen sollen, und unter der Nummer dieser Reichsliste tritt die Verbindung auch in dem Wahlkreis auf.

Sattel, reiten wird es schon können.“ Die große Entscheidungfrage, die vom deutschen Volke am 14. September beantwortet werden muß, ist die Frage, ob das deutsche Volk mit seinem Stimmzettel einer Politik der Vernunft, der Ordnung und des Wiederaufbaues zum Siege verhelfen kann gegen einen lärmenden aber ratlosen Radikalismus von links und rechts?